Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss

Petition 203187

Reformvorschläge in der Sozialversicherung - Stärkung und Erhalt geringfügiger Beschäftigung (Minijobs)

Text der Petition	Mit der Petition wird gefordert, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs) als unverzichtbares Instrument der Arbeitsmarktflexibilität und sozialen Teilhabe zu erhalten und zu stärken.
Begründung	Die Minijob-Regelung stellt für Millionen von Menschen in Deutschland eine essenzielle Form der Erwerbstätigkeit dar. Die Abschaffung dieser Beschäftigungsform würde die Lebensrealität vieler Bürgerinnen und Bürger massiv verschlechtern und wäre mit erheblichen negativen Folgen für den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft verbunden. Zentrale Argumente für den Erhalt: 1. Förderung der Vereinbarkeit: Für viele Menschen – insbesondere Eltern in der Familienphase sowie pflegende Angehörige – bieten Minijobs die notwendige Flexibilität, um Erwerbstätigkeit mit privaten Verpflichtungen zu vereinbaren. Eine Abschaffung würde diese Gruppe vom Arbeitsmarkt ausschließen oder in die Erwerbslosigkeit drängen. 2. Inklusion und Brückenfunktion: Der Minijob dient häufig als niedrigschwelliger Einstieg in den Arbeitsmarkt. Dies gilt besonders für Menschen mit Sprachbarrieren, Langzeitarbeitslose oder Personen, die nach langer Pause wieder Fuß fassen möchten. Er ist oft das erste Erfolgserlebnis und der erste Schritt in Richtung einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. 3. Wichtige Zusatzeinnahmen für Senioren: Viele Rentnerinnen und Rentner sind auf den Zuverdienst durch Minijobs angewiesen, um ihren Lebensstandard zu halten oder soziale Kontakte durch die Arbeit zu pflegen. Dies trägt zur gesellschaftlichen Teilhabe bei und ist eine wichtige Stütze gegen Altersarmut. 4. Sicherung kleiner Strukturen: Viele kleine Unternehmen, Vereine, gemeinnützige Organisationen und Familienhaushalte sind auf die unbürokratische Hilfe durch Minijobber angewiesen. Höhere bürokratische Hürden und Lohnnebenkosten, die mit einer Abschaffung verbunden wären, würden das Aus für viele dieser wichtigen kleinen Strukturen bedeuten. 5. Wahlfreiheit der Beschäftigten: Viele Beschäftigte entscheiden sich bewusst für einen Minijob, um ihr Einkommen aufzubessern, ohne ihre private Zeitplanung oder andere Lebensbereiche aufgeben zu müssen. Der Staat sollte die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger achten, ihre Lebensgestaltung selbst zu bestimmen, anstatt bewährte Beschäftigungsmodelle zu verbieten. Forderung: Der Deutsche Bundestag möge den Erhalt der Minijobs gesetzlich absichern. Statt einer Abschaffung sollte die Politik Rahmenbedingungen schaffen, die Minijobs für Arbeitnehmer attraktiver gestalten (z.B. durch verbesserte Rentenpunkte-Anrechnungen), ohne dabei die Flexibilität für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gefährden.